

LX 21. März 90 18

o.310(1) - LNH/SMA

Bern, den 14. März 1990

Notiz an:

- EVD: - BIGA, Abteilung Berufsbildung
- EDA: - Sekretariat BRF
 - Sekretariat JAC
 - Generalsekretariat
 - Politische Abteilung I
 - Politische Abteilung II
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Direktion für Völkerrecht
 - Botschaft Budapest

Soforthilfe für Osteuropa: Protokoll
 der Arbeitssitzung vom 12. März 1990
 in Bern, anlässlich des Besuchs von
 Herrn Szabolos FAZEKAS, Vize-Minister
 der Republik Ungarn

In der Beilage erhalten Sie das Sitzungsprotokoll in obenerwäh-
 ter Angelegenheit.

Direktion für internationale
 Organisationen
 Der Vizedirektor



Walter B. Gyger

LX 21. März 90 18

Kopie mit Beilage:

- BIGA, Abteilung Berufsbildung, z.H. der Herren R. Natsch und G. Ambühl
- KJP, GWB, SCW, HOF
- HER, LNH

o.360.1 - LNH/SMA

Bern, den 14. März 1990

Soforthilfe für Osteuropa: Arbeitssitzung vom
12. März 1990, in Bern, anlässlich des Besuchs von
Herrn Szabolos FAZEKAS, Vize-Minister der Republik Ungarn

SITZUNGSPROTOKOLL

Vorsitz: - Herr Walter Gyger, DIO (GWB)

Anwesend: Ungarische Delegation

- Herr Szabolos Fazekas, Vize-Minister, Sekretariat für internationale Wirtschaftsfragen (F)
- Herr Janos Hajdu, Botschafter
- Herr Karoly Samo, Handelsrat
- Herr Gabor Beres, Referent im Handelsministerium

Schweizerische Delegation

- Herr Rudolf Natsch, Vize-Direktor BIGA (N)
- Herr Gilbert Ambühl, BIGA
- Herr Wilhelm Schmid, DIO (SCW)
- Herr Roland Hofmann, DIO (HOF)
- Herr Patrick Pardo, PA I
- Herr Nicolas Lang, DIO, Protokoll

Entschuldigt: - Herr Karoly Manherz, Vize-Minister der Republik Ungarn

F: Weist auf die Notwendigkeit hin, zu erfahren, für welche Bereiche mit welchen Unterstützungsbeiträgen man rechnen dürfe. Dies sei aus Koordinationsgründen erforderlich und gestatte zudem, in einzelnen Fachbereichen das Fällen erster Grundsatzentscheide. Ferner sei erwünscht, dass die Schweiz die Mittel klar beziffere und deren Verwendungsbereiche definiere. Dies, um in Ungarn unnötige politische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Ferner erlaube dieses Vorgehen der im Frühsommer zu wählenden Regierung, relativ rasch nach Amtsantritt ihre Arbeit aufzunehmen.

GWB: Fordert die ungarischen Vertreter auf, die Bedürfnisse ihres Landes möglichst bald konkret zu umreißen. Mit dem vorgesehenen Rahmenkredit wolle die Schweiz in Polen, Ungarn und möglicherweise auch der CSSR erste Erfahrungen sammeln. Erst in einer späteren Phase werde man allenfalls, mit neuen Kreditbegehren an das Parlament gelangen. Schon heute sei aber klar, dass die Osteuropahilfe ausser Polen und Ungarn auch andere osteuropäische Staaten einschliessen werde.

Aufgrund der prekären finanziellen Lage Polens, seien vom Gesamtkredit 150 Mio. Franken für dieses Land und von der Restsumme weitere 30 Mio. Franken für direkte Nahrungsmittelhilfe an verschiedene Länder vorgesehen. Hierfür komme jedoch Ungarn nicht in Betracht.

Für die Bereiche Ausbildung, Kultur und Wissenschaft stünden 30 Mio. Franken zur Verfügung. Für den Umweltbereich seien ebenfalls 30 Mio. Franken budgetiert, wobei hiervon 20 Mio. Franken auf Warenlieferungen entfielen. Für die beiden letztgenannten Beträge gelte aber, dass diese sowohl Ungarn als auch Polen und der CSSR zugute kommen sollen.

Demokratie und Föderalismus: Hier sei ebenfalls Unterstützung möglich, doch werde man sehr zurückhaltend sein und nur auf entsprechende Gesuche hin Vorschläge machen.

Die Schweiz verfolge im übrigen folgende "Philosophie":

- Es sollen nur konkrete Projekte in für den Reformprozess wichtigen Bereichen unterstützt werden (kein Giesskannenprinzip);
- Der Mitteleinsatz soll möglichst konzentriert erfolgen;
- Die Schweiz will mit ihrer Unterstützung Bereiche abdecken, in denen auf ungarischer Seite ein konkretes Bedürfnis besteht und in der Schweiz spezifisches Fachwissen vorhanden ist.

SCW: Im Bereich Umwelt denke man auf Seiten der Schweiz vorallem an Projekte auf dem Gebiet der Beseitigung gefährlicher Ab-

fälle. Die Massnahmen würden folgendermassen aufgeteilt:

- Technische Hilfe und Warenlieferungen;
- Entwicklung eines nationalen oder regionalen Abfallkonzepts;
- Ausbildung von Fachkräften.

Noch diese Woche würden die interessierten Fachkreise eingeladen, Konzeptvorschläge zu unterbreiten. Hierauf werde das geeignetste Projekt ausgewählt und ein Konsultent mit der Erarbeitung eines konkreten Programms beauftragt.

F: Macht darauf aufmerksam, dass Schweden seine Unterstützungsbeiträge im Bereich Umwelt auf Polen beschränken werde und fordert deshalb die Schweiz auf, ihre Massnahmen in diesem Bereich auf Ungarn zu konzentrieren.

HOF: Unterstreicht, dass im Rahmen des Soforthilfeprogramms die bisher übliche zwischenstaatliche Zusammenarbeit aufgegeben und die einzelnen Projekte jeweils zwischen den Hochschulen der Schweiz und Ungarn sowie interessierten Privaten ausgehandelt werden sollen. Ferner erläutert er die Absicht, die Projektauswahl im Bereich Wissenschaft und die Verwaltung des entsprechenden Budgets dem schweizerischen Nationalfonds anzuvertrauen. Die für die wissenschaftliche Soforthilfe vorgesehene Summe betrage 4 Mio. Franken, in deren Genuss sowohl Ungarn als auch Polen gelangen sollen.

GWB: Hält ergänzend fest, dass man bei der Verwirklichung einzelner Projekte sich stets das Ziel der schweizerischen Soforthilfe vor Augen halten müsse, nämlich die Unterstützung des Reformprozesses, die Förderung der Selbstverantwortung und die Abkehr vom zentralisierten Verwaltungsprozess.

Im Ausbildungsbereich bestünden bereits konkrete Projekte. Man denke zum Beispiel daran, junge ungarische Professoren zur Weiterbildung in die Schweiz einzuladen, und ihnen hier auch Gelegenheit zu geben, Vorlesungen zu halten. Ueberdies sei man gewillt, bereits in diesem Sommer Deutschkurse in der Schweiz oder in Budapest durchzuführen.

- N: Beschreibt in grossen Zügen Konzept und Vorzüge des schweizerischen Berufsbildungssystems. Er hebt insbesondere die relative Kostengünstigkeit hervor, die dadurch erzielt werde, dass der Staat nur für den eigentlichen Schulunterricht der Lehrlinge aufzukommen habe, die eigentliche Ausbildung aber Sache der privaten Betriebe sei. Als wenig realistisch betrachtet er die Lösung, ungarische Lehrlinge zur Ausbildung in die Schweiz zu holen. Dies sei aufgrund der Sprachschwierigkeiten praktisch aussichtslos. Hingegen erachtet er es als möglich, ein z.B. auf mittlere Betriebe beschränktes Ausbildungssystem zu entwickeln, und dieses dann in einem Bezirk oder Region zur Anwendung zu bringen.
- F: Begrüsst grundsätzlich die Beschränkung von Ausbildungskonzepten auf einzelne Schwerpunkte und warnt davor, allzu rasch auf private und unkoordinierte Initiativen einzugehen. Koordination und Schwergewichtsbildung seien unabdingbar. Zudem betonte er die Wünschbarkeit, dass ungarische Fachkräfte in die Schweiz zur Ausbildung geholt würden. Dies fördere das wirtschaftliche und menschliche Zusammenrücken und sei folglich geeignet, den Reformprozess in seinem Land zu stärken.
- GWB: Umreisst abschliessend die für die Projektausarbeitung gewählte Vorgehensweise: Ein konkretes Projekt wird einem Konsultanten in Auftrag gegeben. Der Konsultant entwirft ein Konzept und bespricht dieses mit den Interessenten in Ungarn. Anschliessend wird das Konzept beiden Regierungen zur grundsätzlichen Genehmigung vorgelegt. Erst danach erfolgt die Realisierung. Den Vorschlag auch kleinere Projekte zu fördern, beurteilt er mangels Langzeitwirkung eher skeptisch.

Nicolas Lang